



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

63. Sitzung (öffentlich)

3. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, führt in den Haushaltsentwurf 2009 ein. Es schließt sich eine kontroverse Aussprache an.

**2 Änderungsverordnung zur Ersatzschulfinanzierungsverordnung
(2. ÄVOzSESch-VO) 25**

Vorlage 14/2022

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt der Vorlage 14/2022 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der

FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

3 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes NRW

28

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5017

In Verbindung mit:

**Eine kostenlose Mahlzeit an Schulen und in
Betreuungseinrichtungen darf nicht zu Kürzungen des
Lebensunterhaltes führen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5018

Ausschussprotokoll 14/624

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt** den
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache
14/5017** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-
Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

Sodann **lehnt** der **Ausschuss** den Antrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5018** mit den
Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die
Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen **ab**.

4 Ergebnisse des ersten Jugend-Landtags im Landtag Nordrhein- Westfalen (Beschluss 1)

37

Information 14/722

5 Qualifizierungsoffensive NRW starten

37

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3178

6 Gründung der ersten Gemeinschaftsschule Nordrhein-Westfalen in Horstmar und Schöppingen ermöglichen 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4351

7 Jungen fördern - ohne Mädchen zu benachteiligen. Durch individuelle Förderung die Geschlechtergerechtigkeit in der Schule weiter verbessern 37

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4488

8 Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umwelt in NRW wieder stärken und ausbauen 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6683

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 werden verschoben.

9 Verschiedenes 38

- siehe Diskussionsteil.

* * *

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer bittet, Fragen zum Haushalt schriftlich bis zum 23.09.2008 einzureichen, damit die Antworten in der Sitzung am 15.10. vorliegen könnten. Die Fragen würden dann an das Ministerium weitergereicht. Er bitte, diese bis zum 13.10. schriftlich zu beantworten. Der dritte Beratungsgang im Ausschuss werde am 15.11. stattfinden. Die Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05 sollten dem Ausschusssekretariat bis zum 04.11., 13:00 Uhr, übersandt werden.

Die **Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer**, führt in den Einzelplan 05 ein:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Minister Linssen hat in der vergangenen Woche den gesamten Haushalt ins Plenum eingebracht. Zwei Ziele hat er verdeutlicht: Zum einen geht es nach wie vor um Haushaltskonsolidierung, zum anderen aber auch um Investitionen in die Zukunft. Dass wir daran festhalten wollen, zeigt auch der Haushaltsplan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung.

Der Schulhaushalt ist trotz des Konsolidierungszwanges auch 2009 ein Gewinner des Landeshaushalts. Lassen Sie mich zunächst kurz die Eckpunkte des Regierungsentwurfs für 2009 in Erinnerung rufen. Die Nettoneuverschuldung sinkt weiter. Sie reduziert sich von 1,77 Milliarden € - Stand zweiter Nachtrag 2008 - auf 1,66 Milliarden €. Die Landesregierung legt damit im vierten Jahr infolge einen Haushaltsentwurf mit sinkender Nettoneuverschuldung vor. Das Haushaltsvolumen beträgt rund 52,7 Milliarden €, gegenüber dem zweiten Nachtrag 2008 steigt es um 1,47 Milliarden €. Das sind 2,9 %.

(In einer Powerpoint-Repräsentation werden verschiedene Folien dargestellt - vgl. Anlage zu diesem Protokoll)

Sie können erkennen, dass der Anteil für Schule und Weiterbildung am Landeshaushalt rund 25,4 % beträgt. Würde man die Schul- und Bildungspauschale in Höhe von 540 Millionen € hinzunehmen, was ich für zulässig halte, weil diese Mittel Schulen unmittelbar zugute kommen werden, betrüge der Anteil sogar 26,4 %. Der Einzelplan 05 umfasst für 2009 ein Ausgabenvolumen von rund 13,366 Milliarden €. Das sind rund 700 Millionen € oder 5,5 % mehr als im laufen-

den Haushalts- bzw. Schuljahr. Ich werde im Verlaufe meiner Einführung auf die wesentlichen Veränderungen noch eingehen.

Über alle Schulformen hinweg prognostizieren wir gegenüber den im Haushaltsplan 2008 zugrunde gelegten Zahlen einen Schülerrückgang für 2009 von mehr als 36.000 Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Schulen. Sie können der vorstehenden Übersicht die Prognosezahlen entnehmen. Sie finden die Tabelle im Übrigen auch im Erläuterungsband für den Einzelplan 05 auf Seite 28. Es versteht sich von selbst, dass sinkende Schülerzahlen Auswirkungen auf die Zahl der zu veranschlagenden Grundstellen haben.

Mit dem Haushaltsentwurf 2009 werden erneut zusätzliche Lehrerstellen in einem erheblichen Umfang bereitgestellt. Zum Schuljahresbeginn 2009/2010 werden den öffentlichen Schulen und den genehmigten Ersatzschulen insgesamt 1.831 neue Lehrerstellen und Stellenäquivalente zur Verfügung stehen. Im Kern handelt es sich hierbei um neue Stellen gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung sowie um neue Stellen für die Ganztagsbetreuung. Insgesamt werden mit dem Haushalt 2009 seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Mai 2005 6.915 zusätzliche Stellen für die öffentlichen Schulen sowie die genehmigten Ersatzschulen geschaffen worden sein.

Eine zusammenfassende Übersicht über die Stellenentwicklung 2005 bis 2009 finden Sie ebenfalls im Erläuterungsband für den Einzelplan 05 auf Seite 22. Hinzu kommen 7.530 Stellen, die trotz des Schülerrückgangs nicht weggefallen sind, sondern dem System Schule erhalten bleiben. Wir sprechen hier von sogenannten Demografiegewinnen. Insgesamt machen die 6.915 neu geschaffenen Stellen und die Effekte aus der demografischen Entwicklung ein Stellenvolumen von 14.445 Stellen aus. Es ist mir wichtig, dass weitere 500 sogenannte Vorgriffsstellen, die ursprünglich bereits zum 31.07.2006 wegfallen sollten, ebenfalls bis 2013 weiter im System verbleiben.

Mit der Regierungserklärung 2005 hat die Landesregierung deutlich gemacht, wie wichtig für die Koalition der Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht nur in der Primarstufe, sondern auch in den Schulen der Sekundarstufe I ist. In der Vergangenheit gab es für die Schülerinnen und Schüler, die in der Grundschulzeit eine offene Ganztagsschule besucht haben, nur eingeschränkte Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I. Ich weiß, dass die Gesamtschulen des Landes wichtige Arbeit, insbesondere im Ganztagsbetrieb, leisten. Der jetzigen Landesregierung ist aber wichtig, dass Schülerinnen und Schüler aller Schulformen der Zugang zu Ganztagsangeboten ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass durch den Beschluss der früheren Landesregierung zwischen 1993 und 2005 in Nordrhein-Westfalen nur in Gesamtschulen der Ganztagsbetrieb ausgebaut werden durfte. Gleich zu Beginn der Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir daher mit dem Ausbau des Ganztagsbetriebs an Haupt- und Förderschulen begonnen. Ziel war es, 50.000 Ganztagsplätze an erweiterten Haupt- und Förderschulen bis zum Jahre 2012 zu schaffen.

Wir haben mit 620 Stellen im Jahr 2006 begonnen. Wir haben nunmehr bis zum Jahre 2013 86.000 Ganztagsplätze finanziert. Die Landesregierung geht hier weit über das hinaus, was 2005 versprochen wurde. Der Haushaltsentwurf 2009 sieht für den erweiterten Ganztag in der Hauptschule und in den Förderschulen der Sekundarstufe I weitere 102 Stellen mehr vor, sodass wir insgesamt eine Stellenzahl von 822 erreichen.

Wir wollen, dass jede Schule der Sekundarstufe I die Ressourcen für eine pädagogische Übermittagsbetreuung bekommt. Hierfür stellen wir im Jahre 2009 im öffentlichen Bereich 766 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Bei den Ersatzschulen werden für diesen Zweck Finanzmittel im Umfang von 80 Stellenäquivalenten bereitgestellt, zusammen also 846 Stellen. Je nach Schülerzahl werden zwischen 0,3 und 0,6 Lehrerstellen gewährt. Mit diesem Programm starten wir im Übrigen bereits am 1. Februar 2009.

Statt der Stellen können die Schulen aber auch Geldmittel in Anspruch nehmen - je nach Stellenanteil können die Schulen Fördermittel zwischen 15.000 € und 30.000 € erhalten.

Das neue Programm „Geld oder Stellen“ ersetzt das bisherige Programm 13 plus in der Sekundarstufe I, wobei mir wichtig ist, dass durch die Umstellung keine Schule, die bisher 13 plus durchgeführt hat, finanziell schlechter gestellt wird als bisher. Wir werden 54 Gymnasien und 54 Realschulen im Jahre 2009 den gebundenen Ganztag ermöglichen. Hierfür sind 153 zusätzliche Stellen und Stellenäquivalente veranschlagt. Es sind 131 Stellen für die öffentlichen Schulen und 22 Stellen für die Ersatzschulen etatisiert. Dieses Programm werden wir im Jahre 2010 fortsetzen und ausbauen.

Neben der Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I geht natürlich der planmäßige Ausbau der offenen Ganztagschule im Primarbereich weiter. Für die offene Ganztagschule kommen 190 weitere Stellen hinzu. In der Summe werden bis 2009 insgesamt 1.741 Stellen für den offenen Ganztag bereitstehen. Mit dem Haushalt 2009 haben wir 205.000 Plätze im offenen Ganztag im Primarbereich geschaffen und damit unser Versprechen eingelöst, dass sieben Achtel aller Grundschulen in Nordrhein-Westfalen über Ganztagsangebote verfügen.

Diese Übersicht zeigt Ihnen nochmals in zusammengefasster Form die Ressourcen für die neue Ganztagsoffensive in der Sekundarstufe I. Wir stellen fast 1.000 neue Stellen bereit. Für den erforderlichen Ausbau von Mensen und Aufenthaltsräumen stellen wir im Rahmen unseres 1.000-Schulen-Programms 100 Millionen € Investitionsmittel zur Verfügung, und zwar 50 Millionen € im Jahre 2009 und weitere 50 Millionen € im Jahre 2010.

Insgesamt wenden wir für den Ausbau des Ganztagsschulbetriebes in der Primarstufe und der Sekundarstufe I und die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I rund 133 Millionen € mehr als im Jahre 2008 veranschlagt auf.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in den vergangenen Jahren häufig über den Stellenaufwuchs im Schulhaushalt unterhalten. In der Regierungserklärung hat die Landesregierung zugesagt, 4.000 zusätzliche Stellen gegen den Unter-

richtsausfall zu schaffen. Dieses Versprechen halten wir. So kommt im Jahre 2009 die letzte Tranche der 4.000 Stellen in Höhe von 500 Stellen hinzu. Im Haushalt 2009 sind bei Kapitel 05 300 die zugesagten 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für die individuelle Förderung ausgebracht. Auch dies können Sie im sogenannten blauen Buch auf Seite 115 nachlesen.

Die Verteilung der insgesamt 4.000 zusätzlichen Lehrerstellen für das Schuljahr 2009/2010 steht noch nicht fest. Der vorstehenden Übersicht, die Sie auch im Erläuterungsband finden, können Sie aber die Verteilung von 3.500 Stellen auf die einzelnen Schulformen entnehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz auf die sogenannte Schüler-Stellen-Relation eingehen. Bei dieser Relation werden alle veranschlagten Lehrerstellen der öffentlichen Schulen ins Verhältnis zu den Schülerzahlen der öffentlichen Schulen gesetzt. Auch hier zeigt sich, dass seit dem Regierungswechsel eine deutliche Verbesserung eingetreten ist. Betrug die Schüler-Stellen-Relation im letzten von Rot-Grün zu verantwortenden Haushalt 2005 - Stand erster Nachtrag - noch 18,59, so beträgt sie auf der Grundlage der Zahlen des Haushaltsentwurfs 2009 aktuell 17,06. Das heißt, meine Damen und Herren, dass, bezogen auf eine Lehrerstelle, eine Verbesserung um 1,5 Schüler eingetreten ist.

Zu den flexiblen Mitteln für den Vertretungsunterricht: Die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht werden wir im Jahre 2009 um weitere rund 2,4 Millionen € aufstocken. Wir erreichen dann einen Ansatz von rund 45,7 Millionen €. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir für die ergänzende unterrichtliche Betreuung jugendlicher Leistungssportlerinnen und Leistungssportler 29 Planstellen für Dauerbeschäftigungsverhältnisse geschaffen haben und eine Finanzierung dieser ergänzenden unterrichtlichen Betreuung daher ab dem kommenden Schuljahr aus den flexiblen Mitteln für Vertretungsunterricht nicht mehr erforderlich ist.

Zur Ersatzschulfinanzierung: Sie wissen, dass die Landesregierung den privaten Ersatzschulen als gleichberechtigt mit den öffentlichen Schulen große Bedeutung beimisst. Sie bilden die zweite Säule in unserem Schulsystem in Nordrhein-Westfalen und sind ein, wie ich meine, pädagogischer Gewinn für unsere Schullandschaft. Es ist deshalb selbstverständlich, dass auch die Ersatzschulen an allen Neuerungen und Verbesserungen des nordrhein-westfälischen Schulsystems teilhaben und das Land hierfür die erforderlichen Zuschüsse bereitstellt. Im Jahre 2009 steigt der Mittelansatz für unsere Ersatzschulen um rund 38,6 Millionen €. Das Land refinanziert die Ersatzschulträger im Jahre 2009 mit insgesamt mehr als 1,129 Milliarden €.

Mehr Lehramtsanwärter ist hier das Stichwort: In den kommenden Jahren führt die demografische Entwicklung zu steigenden Berufsaustritten bei den Lehrkräften. Das zieht einen erhöhten Bedarf an Einstellungen nach sich, wenn die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau gesichert bleiben soll. Wir reagieren auf diese Entwicklung. Wir tragen dem dadurch Rechnung, dass wir die Zahl der Stellen für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sowie für Referendarinnen und Referendare nochmals erhöhen. Gegenüber 2008 legen wir noch einmal 316 Stellen nach. Im Jahre 2008 haben wir bereits 442 neue Stellen für Lehramtsanwärterinnen und

-anwärter geschaffen. Seit dem ersten Nachtragshaushalt 2005 hat sich die Zahl der Lehramtsanwärter von 13.841 um 2.481 auf 16.322 erhöht.

Zu den Einstellungen im Jahre 2008: Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 2005 wurden mehr als 24.000 Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen in den Schuldienst eingestellt. Diese hohen Einstellungszahlen sind auch auf die rund 5.000 zusätzlichen Stellen zurückzuführen. Bereits am 12. August 2008 konnte der Ministerpräsident mit bislang 5.871 Dauereinstellungen wieder ein erfreuliches Ergebnis vermelden. Diese Zahl hat sich in der Zwischenzeit noch einmal deutlich erhöht. Nach dem aktuellen Stand beträgt die Zahl der Einstellungszusagen jetzt 5.977.

Dieses Ergebnis ist gerade vor dem Hintergrund des inzwischen auch im Lehrerbereich sich entwickelnden Wettbewerbs insbesondere gegenüber der Wirtschaft sehr positiv zu bewerten. Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt sind. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass wir 266 Einstellungszusagen von Bewerberinnen und Bewerbern aus anderen Bundesländern erhalten haben. Nimmt man das Lehreraustauschverfahren mit den anderen Bundesländern hinzu, kommen saldiert noch einmal 33 Zugänge nach Nordrhein-Westfalen hinzu, in der Summe also rund 300 Lehrkräfte aus anderen Bundesländern.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines sagen: Es ist oft bemängelt worden, dass junge Lehrerinnen und Lehrer ihre Beschäftigungsangebote erst zum ersten Unterrichtstag nach den Sommerferien erhalten. Ich weiß, dass es in der Vergangenheit Bemühungen gab, den Einstellungstermin in die Ferien vorzuziehen. Diese Bemühungen sind bisher gescheitert. Ich halte es für notwendig und sinnvoll, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen bereits vor Unterrichtsbeginn an den Vorarbeiten für das neue Schuljahr beteiligt sind und in die Konferenzen eingebunden werden. Für die Landesregierung sind dies wichtige Aspekte, sodass wir den Einstellungstermin in die letzte Ferienwoche vorgezogen haben.

Die Aufhebung der Beförderungsstelle für Schulleitungen und Schulleitungsververtretungen, auch das ist ein wichtiger Aspekt: Wie Sie wissen, haben wir die entscheidenden Schritte zur eigenverantwortlichen Schule eingeleitet. Mit mehr Eigenverantwortlichkeit steigen auch Attraktivität und Anforderungen an die Schulleitungssämter. In der Vergangenheit wurde ich immer wieder auf die 18-monatige Beförderungssperre, die seit 2003 auf den Ämtern von Schulleiterinnen und Schulleitern und ihren Stellvertretern lag, angesprochen. Ich kann mir vorstellen, dass die Beförderungssperre für Schulleitungssämter für manche Bewerberinnen oder manche Bewerber ein Hindernis war, sich auch für eine solche verantwortliche Aufgabe zu bewerben. Ich habe daher mit Erlass vom 17. Juni 2008 verfügt, dass die 18-monatige Beförderungssperre für Schulleitungen und Schulleitungsververtretungen mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird. Damit reagieren wir auf die in den letzten Jahren stark angestiegenen Anforderungen an Schulleitungen.

Ich hoffe sehr, dass diese Maßnahme dazu beitragen wird, Lehrerinnen und Lehrer verstärkt auch für Schulleitungsaufgaben an Schulen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen noch eine weitere Information geben. Sie wis-

sen, dass das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 28. Mai 2008 festgestellt hat, dass § 25 b unseres Landesbeamtengesetzes - hierin ist das Beamtenverhältnis auf Zeit geregelt - den Kernbereich des verfassungsrechtlich geschützten Lebenszeitprinzips verletzt und daher mit Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz unvereinbar und insgesamt nichtig ist.

Wie Herr Kollege Dr. Wolf in einer Presseinformation erklärte, schafft der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes Rechtsklarheit zum Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst. Die Landesregierung wird die Entscheidung für die betroffenen Führungskräfte zeitnah umsetzen und Neuregelungen für die Erprobungsphase der Führungskräfte schaffen.

Zur Lehrerfortbildung: Der Lehrerfortbildung gilt unverändert unsere große Aufmerksamkeit. Wir werden im Jahre 2009 den Ansatz um weitere 300.000 € erhöhen. Ich möchte Ihnen auch inhaltlich die Schwerpunkte in der Lehrerfortbildung nennen:

Erstens. Qualifikationserweiterung für Schulleitungen im Hinblick auf die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Schulen.

Zweitens. Weiterhin Schulleitungsqualifizierung und Eignungsfeststellung im Vorfeld von Bewerbungen um Schulleitungsstellen.

Drittens. Orientierungsseminare für Mitglieder von Schulleitungen, von Seminarleitungen und der Schulaufsicht.

Viertens. Qualifikationserweiterung in Bedarfsfächern. Zurzeit sind das Fächer wie Chemie, Englisch, Informatik, Mathematik, Musik, Physik, Technik sowie Katholische und Evangelische Religionslehre, aber auch Latein, Kunst und praktische Philosophie. Hier bieten wir Zertifikatskurse und erhöhen für diesen Zweck die Mittel für die Lehrerfortbildung um die eben genannten 300.000 €.

Weiter erhalten die Schulen ein Fortbildungsbudget für schulinterne Fortbildungsmaßnahmen. Ich habe festgestellt, dass durch die Übertragung von mehr Verantwortung auf die Schulen dort die Fortbildung sehr viel stärker als bisher als gemeinsame Aufgabe des Kollegiums wahrgenommen wird. Dabei orientiert sich die schulische Fortbildung an den im Schulprogramm definierten Entwicklungszielen für die pädagogische und fachliche Arbeit. Die Schulen werden hierbei durch die 54 Kompetenzteams beraten und unterstützt.

Meine Damen und Herren, die Auswertung der Ergebnisse des Zentralabiturs 2008 zeigen deutliche Unterschiede zwischen Gymnasien und Gesamtschulen. Das gilt insbesondere für das Fach Mathematik. Ich sehe hier einen Fortbildungsbedarf bei den Gesamtschulen. Ich werde, wie ich es versprochen habe, den Gesamtschulen dabei helfen, hier besser zu werden. Ich nehme an, dass gerade in Mathematik ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Dafür werde ich auch hier verstärkt Fortbildungsangebote unterbreiten.

Wir werden die Fortbildung von Fachkräften für Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen verstärken. Wir werden zusammen mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen für Sozialarbeiterinnen und

Sozialarbeiter im Landesdienst und im kommunalen Dienst organisieren. Angesichts der 240 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Landes, die an Gesamtschulen tätig sind, wird diese gemeinsame Aktion gerade für diese Schulform besonders wertvoll sein. Wir werden die Kooperation von Schule und Jugendhilfe stärker vernetzen und investieren.

Nun zum Bereich der Weiterbildung: Wir erhöhen die Mittel für die Volkshochschulen um rund 1,4 Millionen €, um so die gesetzlich fixierten Ansprüche nach dem Weiterbildungsgesetz zu sichern. Bei den Aufgaben der Volkshochschulen handelt es sich um kommunale Pflichtaufgaben. Hierzu zählen die politische Bildung, Arbeitswelt und berufsbezogene Weiterbildung, kompensatorische Grundbildung, abschluss- und schulabschlussbezogene Bildung, lebensgestaltende Bildung sowie die Förderung von Schlüsselqualifikationen mit den Komponenten Sprache und Medienkompetenz, Eltern- und Familienbildung.

Mit den Landesmitteln sollen außerdem Angebote der Volkshochschulen zur Sprachförderung, Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur beruflichen und politischen Bildung sowie zur Wertebildung gefördert werden. Bei den anderen Trägern der Weiterbildung waren in den zurückliegenden Jahren Nachzahlungsansprüche in Höhe von rund 3,6 Millionen € entstanden. Um diese Förderansprüche ausgleichen zu können, haben wir mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2008 den Ansatz für das Haushaltsjahr 2008 entsprechend erhöht.

Zwischen allen Beteiligten ist unstrittig, dass Schulwanderungen und Schulfahrten wichtig für ein lebendiges Schulleben sind. Immer wieder mussten wir aber auch feststellen, dass ein pädagogischer Anspruch postuliert wurde, es aber den Schulen an den notwendigen Finanzmitteln fehlte, um Schulwanderungen und Schulfahrten angemessen in ihr pädagogisches Konzept einzubinden. Oft haben Schulen diese pädagogische Aufgabe nur wahrnehmen können, weil Lehrerinnen und Lehrer auf Reisekosten verzichteten.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle einige Zahlen nennen. Standen im Jahre 1996 für Schulwanderungen und Schulfahrten noch 3,2 Millionen € im Landeshaushalt zur Verfügung, waren es im Jahre 2003 nur noch 1,9 Millionen €, eine Kürzung um immerhin 40 %. Der Landesregierung ist es wichtig, dass die Schulen für Schulwanderungen und Schulfahrten auch mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden. Wir wollen, dass Lehrerinnen und Lehrer, die diese wertvolle pädagogische Arbeit leisten, auch die zustehenden Aufwandsvergütungen erhalten. Deshalb werden wir mit dem Haushalt 2009 den Ansatz für Schulwanderungen und Schulfahrten um satte 2 Millionen € erhöhen. Das ist eine glatte Verdoppelung des bisherigen Ansatzes.

Ein weiterer Aspekt, der sehr wichtig ist, betrifft den betriebsärztlichen Dienst. Ich nehme meine Fürsorgeverpflichtung für die Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen sehr ernst. Deshalb liegen mir der Arbeitsschutz sowie die Sicherung der Gesundheit der Lehrkräfte besonders am Herzen. Ich werde daher die Mittel für den Gesundheitsschutz und den Betriebsärztlichen Dienst in unseren Schulen kontinuierlich erhöhen. Bereits in diesem Jahr wurde der Ansatz hierfür um mehr als 700.000 € angehoben. Für 2009 ist eine weitere Ansatzerhöhung um

300.000 € vorgesehen. Im Vergleich zum Wechsel der Regierungsverantwortung im Jahre 2005 haben wir den Ansatz beinahe verdoppelt.

Ersatzbeschaffung von Maschinen am Theodor-Reuter-Berufskolleg in Iserlohn - auch das ist ein Aspekt, der nicht unter den Tisch fallen darf -: Das Land Nordrhein-Westfalen ist Schulträger nicht nur dieses Berufskollegs, sondern auch anderer Institutionen. Ich spreche aber jetzt über das Berufskolleg in Iserlohn. Es handelt sich um eine Berufsfachschule für Elektronik und Fertigungstechnik. Als Schulträger hat das Land die Sachkosten für diese Schule zu tragen. Zu den Sachkosten gehören auch die Kosten für die Ausstattung. Am Theodor-Reuter-Berufskolleg in Iserlohn werden Werkzeugmechaniker, Industriemechaniker und Elektroniker fachpraktisch ausgebildet.

An der Schule müssen die Maschinen, an denen die fachpraktische Ausbildung an Streckensteuerungen und Hydrauliksystemen erfolgt, ersetzt werden. Für die Ersatzbeschaffung stellen für 200.000 € bereit. Das entspricht einem Anteil von 60 %. Die restlichen 40 % werden über das aktuelle NRW-Ziel-2-Programm aus EU-Geldern finanziert.

Ich möchte Ihnen auch - wir haben in den letzten Wochen und Monaten darüber debattiert, kein Kind ohne Mahlzeit ist das Stichwort - der Vollständigkeit halber sagen, dass die Mittel für den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ab 2009 nicht mehr im Einzelplan des Schulministeriums, sondern im Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu finden ist. Auch hier sei erwähnt, dass wir die Mittel hierfür im Jahre 2009 wegen der Ganztagsinitiative um mehr als 1.500.000 € von 13.466.000 € auf 15.050.000 € aufstocken werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf eine Einlassung von Frau Kollegin Kraft in der Haushaltsdebatte vom 27. August im Plenum eingehen und ihr deutlich erwidern: Frau Kraft hat als Beweis dafür, dass die Landesregierung in der Schulpolitik ihre gesetzten Ziele verfehle, ausgeführt, dass auf einen Aufsteiger - wie sie es nannte - neun Absteiger kommen. Meine Damen und Herren von der SPD, ich nenne Ihnen einmal die Vergleichszahlen aus dem Schuljahr 2004/2005, also aus dem letzten Jahr, in dem Sie Regierungsverantwortung trugen. Da lautete das Verhältnis 1:12. Unter der neuen Regierung wurde somit in knapp drei Jahren eine Verbesserung von 25 % erreicht. Diese Zahlen sprechen für sich.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich meine, dass ich Ihnen eine beeindruckende Bilanz der Landesregierung für den Bereich Schule und Weiterbildung vorgelegt wurde. Ein sehr gutes Zeugnis wird uns auch vom Institut der Deutschen Wirtschaft ausgestellt. Dieses Institut bescheinigt dem Land Nordrhein-Westfalen eine überdurchschnittliche Reform- und Innovationstätigkeit. Danach nimmt unser Land im Vergleich zu den anderen Ländern einen Spitzenplatz ein. Die Studie bestätigt, dass das Land in hohem Maße die Voraussetzungen, die aus normativer Sicht erfüllt sein müssen, um das Schulsystem im Sinne der Entwicklung und Sicherung einer geforderten Bildungsqualität, aber auch im Sinne der Chancengleichheit und der sozialen Sicherung zukunftsfähig zu machen, erfüllt. Mit dieser beeindruckenden Feststellung möchte ich schließen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bedankt sich für die Präsentation des Haushaltsentwurfs 2009. Nach Kenntnisnahme der Zahlen könne man sagen: Dies sei der größte Bildungshaushalt aller Zeiten. Sie sei sehr froh darüber. Die Oppositionsfraktionen müssten schon mit der Lupe suchen, um irgendetwas zu finden, was sie kritisieren könnten. Der Ganztagsausbau sowohl in der Primarstufe als auch in der Sekundarstufe I sei bemerkenswert. Trotz 36.000 weniger Schülern komme man zu zusätzlichen Lehrerstellen. 7.530 Stellen würden aus Demografiegewinnen im System gehalten. Insgesamt habe man also 14.500 zusätzlich geschaffene Lehrerstellen.

Sie erinnere daran, dass die alte rot-grüne Landesregierung 2004 den Beschluss gefasst habe, 16.000 Stellen bis zum Jahre 2012/2013 abzubauen. Danach betrage die Differenz mehr als 30.000 Stellen. Diese Stellen habe man jetzt, Gott sei Dank!, unter der neuen Landesregierung als zusätzliche Stellen im System. Das sei eine positive Bilanz gegenüber den Plänen von Rot-Grün. Man habe mehr als 20 % mehr Lehrer im Lande. Unter Rot-Grün würde es mehr als 20 % weniger Lehrer in diesem Land geben. Das sei mehr als beeindruckend. Man habe also ein ganzes Fünftel mehr.

Die Fortbildungsmittel seien um 300.000 € erhöht worden. Die Schulen hätten ihr eigenes Fortbildungsbudget. Sie frage, um wie viel die Fortbildungsmittel der Schulen nach dem Haushaltsentwurf 2009 in realer Zahl und prozentual höher seien als das, was man zuletzt unter Rot-Grün habe erleben müssen.

Ute Schäfer (SPD) bedankt sich für die Präsentation der Haushaltsdaten. Sie empfehle Frau Pieper-von Heiden, die CDU-Umfrage zu lesen, die Herr Stahl in Auftrag gegeben habe. Die Frau Ministerin habe die Problematik der Schulleitungsbesetzung und das Aufheben der 18-monatigen Beförderungssperre mit einem Erlass vom 17. Juni 2008 angesprochen. In Ostwestfalen-Lippe gebe es eine Verfügung, in der den Schulleiterinnen und Schulleitern mitgeteilt werde, dass die Aufhebung der Beförderungssperre erst ihre Wirkung entfalten könne, wenn der Innenminister ein Gesetz verändere. Sie frage, ob das im Moment noch keine Wirkung habe.

Sodann habe die Ministerin darauf verwiesen, wie viele Lehrerinnen und Lehrer sich aus anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen um eine Stelle bewerben würden. Kürzlich habe sie die Antwort auf eine kleine Anfrage gelesen. Da sei es nicht möglich gewesen zu sagen, wie viele der ausgebildeten Referendarinnen und Referendare in Nordrhein-Westfalen verließen. Das habe man leider nicht ermitteln können. Das würde angeblich den Arbeitsaufwand übersteigen. Sie frage, warum das nicht geliefert werden könne.

Des Weiteren möchte Frau Schäfer wissen, wie hoch die globale Minderausgabe sei und wie diese erwirtschaftet werden solle.

Sie mache darauf aufmerksam, dass es schon unter der alten Landesregierung erhebliche Anstrengungen gegeben habe, Ganztagsprogramme durchzuführen. Sie persönlich habe den Grundschulganztags eingeführt.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für die Vorstellung des Haushaltes. Sie frage, wie viele Stellen in allen Schulkapiteln nicht besetzt seien, und zwar in allen Schulformen. Sie wüsste gerne, ob der Stellenanteil in den Grundschulen angesichts der Begrenzung der Klassenstärken und unter Berücksichtigung des Faches Englisch ab dem zweiten Halbjahr in Klasse 1 auskömmlich sei. Auch würde sie gerne die Vorstellung der Ministerin hören, was das Thema Schulleitungszeit angehe, was sich in diesem Haushalt nicht widerspiegele. Mit Blick auf den Innovationsfonds wüsste sie gerne, was für welche Bereiche ausgegeben worden sei. Das sei ja auch im Erläuterungsband nicht deutlich geworden.

Ministerin Barbara Sommer (MSW) kommt auf den Bereich Schulleitungszeit zu sprechen. Inhaltlich sei man auf einem sehr guten Weg. Es werde zusammen mit den Schulleitungen überlegt, ob es einen Stufenplan zur Entlastung der Schulleitungen geben solle. Die Beförderungssperre sei in der Tat mit dem Kollegen Minister Wolf verknüpft. Das betreffe aber keine Gesetzesänderungen. Wenn das Kabinett das beschließe, werde sie darüber Auskunft geben. Sie rechne sehr zeitnah damit.

Die globalen Minderausgaben betrügen knapp 10 Millionen €. Diese müssten im Haushalt erbracht werden.

Zu den nicht besetzten Stellen: Zurzeit seien rund 600 Stellen nicht besetzt. Man finde sich aber immer noch im Ausschreibungsverfahren.

Staatssekretär Günter Winands (MSW) verweist auf den Erläuterungsband zum Haushalt, Seite 318 bis 325. Dort stehe, was unter dem Schulentwicklungsfonds zu fassen sei mit den einzelnen Beträgen: Betrieb und Schule - 150.000 €, Selbstevaluation in Schulen: 50.000 €, das Bündnis für Erziehung - 55.000 €, die wissenschaftliche Begleitung von Schulen, Modellversuchen - 191.000 € etc.

Wir haben nach den Ausgaben gefragt, wirft **Sigrid Beer (GRÜNE)** ein. - Die Ausgaben für 2008 lägen noch nicht vor, entgegnet **StS Günter Winands (MSW)**. Man finde sich ja im Vollzug. Es handele sich um die Haushaltsansätze 2009. Sie seien im Vergleich zu 2008, was man am Gesamtbetrag sehe, nahezu unverändert. Er könne die Ausgaben für 2008 nicht benennen, weil das Haushaltsjahr noch nicht beendet sei. Was genau abgeflossen sei, könne er erst am Ende des Jahres sagen. Einerseits werde gesagt, man solle die Schulen nicht belasten. Andererseits werde verlangt, dauernd Zwischenstände abzufragen. Am Ende des Jahres werde abgerechnet.

An Frau Schäfer gewandt, fährt der Staatssekretär fort, er wisse nicht, wie viel Lehrkräfte aus Nordrhein-Westfalen tatsächlich Angebote aus anderen Bundesländern annähmen. Er kenne die Zahl aus Hessen, die besagten, 234 hätten sie aus allen anderen Bundesländern. Man habe gefragt, aber keine Auskunft aus den anderen Bundesländern erhalten. Nordrhein-Westfalen habe 266 - Stand vor 14 Tagen - aus anderen Bundesländern. Im Lehreraustauschverfahren habe man 33 mehr als aus anderen Bundesländern. Früher habe man im Übrigen drei spanische Gastlehrer gehabt; wegen des Andrangs aus Spanien habe man jetzt 22 Gastlehrer aus Spanien,

sodass man 322 Lehrkräfte habe, die nicht in NRW ausgebildet worden seien. Unter den Lehramtsanwärtern befinde sich ein hoher Anteil von jungen Leuten, die nicht aus Nordrhein-Westfalen kämen. Im August habe man den zweiten Termin gehabt. Es gebe knapp 1.000 Bewerbungen, über 3.000 seien nicht aus Nordrhein-Westfalen gekommen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern würden sie hier ausgebildet. Dass man den einen oder anderen verliere, der nach der Ausbildung wieder in ein anderes Bundesland gehe, sei logisch. Man gewinne sie aber bei der Ausbildung. Die Kleine Anfrage sei richtig beantwortet worden.

Ministerin Barbara Sommer kommt auf das Fach Englisch, beginnend in der zweiten Hälfte des ersten Schuljahres, zu sprechen. Es sei sichergestellt, dass man genügend ausgebildete Englischlehrerinnen und -lehrer habe, die alle die gleiche Qualifikation hätten wie diejenigen, die in Klasse 3 und 4 unterrichteten. Da werde es zu keinen Engpässen kommen.

Klaus Kaiser (CDU) bedankt sich für den Bericht.

Nun habe man einen Aufwuchs bei den Lehramtsanwärtern von 2.481 Stellen. Es gehe darum, mehr auszubilden, um auch mehr rekrutieren zu können und damit Nordrhein-Westfalen als Standort für Lehrerinnen und Lehrer besonders attraktiv zu machen. Er frage, ob man dies mit Zahlen unterlegen könne, auch um zu wissen, wie viel Mehrkosten damit verbunden seien.

Die Mittel für den Vertretungsunterricht seien um 2,3 Millionen angereichert worden, sodass zusätzliche Mittel bereitstünden. Er frage, ob das auskömmlich sei, wie das beurteilt werde.

Was im Ganztags zusätzlich gegeben werde, sei geradezu sensationell. Ihn interessiere, auf welche Resonanz der Ausbau des Ganztags in Gymnasien und Realschulen gestoßen sei.

Zu den Schulwanderungen und Schulfahrten: Die Reisekostenvergütungen seien auf über 2 Millionen € angehoben worden. Er frage, wie man verfahren wolle, falls diese Summe nicht auskömmlich sei.

Sigrid Beer (GRÜNE) legt dar, im Bereich der Grundschulen gehe es ihr nicht nur um die Frage der Sicherstellung des Englischunterrichts, sondern auch um die Sicherstellung der Klassengrößen. Es dürften ja nicht mehr als 30 sein, was für eine Grundschule eine sehr große Klasse sei. Bisher hätten in den Bezirksregierungen nicht genügend Stellen trotz der Erlasslage, die nachgebessert worden sei, zur Verfügung gestanden, um in allen Klassenstufen diese Klassengröße sicherzustellen. Die Schülerprognosen im Bereich der Oberschulen der Gesamtschulen fielen absteigend aus. Da finde auch ein Stellenabbau ausweislich des Haushalts statt. Man habe dort große Probleme, weil die entsprechenden Lehrerstellen vor Ort nicht zur Verfügung stünden.

Auch wüsste sie gerne, warum an den Weiterbildungskollegs eine Kürzung vorgenommen werde. Die Weiterbildungskollegs hätten eine wichtige Funktion, um Ju-

gendliche wieder an Bildungsabschlüsse heranzuführen. Das werde jetzt zurückgeführt. Das sei ein vollkommen falsches Signal. Sie frage, auf welcher Grundlage das ausgerechnet werde.

Herr Kaiser habe die Frage zur Resonanz im Ganztagsbereich an Gymnasien und Realschulen gestellt. Sie wüsste gerne, ob der Ministerin die „Ganztagsverweigerungskartelle“ bekannt seien. Damit meine sie Absprachen sowohl auf der gymnasialen wie auf der Realschulebene, keinen Ganztags zu machen, weil nachmittags andere Prioritäten aus Sicht der Lehrkräfte anstünden. Das werde nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert, sondern es werde offen diskutiert. Es bestünden Absprachen, nicht in den Ganztags einzutreten. Maximal werde die Übermittagsbetreuung in Anspruch genommen. Dies sei aus den Regionen zu vernehmen. Das sei offensichtlich im Lande verbreitet.

Was die 600 vakanten Stellen angehe, so frage sie, ob das nach Schulformen aufgeschlüsselt werden könne.

Ministerin Barbara Sommer meint, es wäre misslich, wenn man sagen würde, dass man die Lehrerstellen an den Gesamtschulen nicht sicherstellen würde. Es sei deutlich geworden, wo die wunden Punkte an den Gesamtschulen zu finden seien. Alles werde getan, damit der Unterricht stattfinde. In den nächsten Wochen werde man eine Statistik vorlegen, aus der ersichtlich sei, wie sich der Unterrichtsausfall in diesem Jahr entwickelt habe. Sie bitte, das Ministerium zu benachrichtigen, wenn es an einer einzelnen Schule zu Engpässen komme. Aufgrund der Besetzungssituation dürfe das eigentlich nicht sein.

Die Grundschulen seien mit insgesamt 106 % Lehrerstellen ausgerüstet. Da könne eigentlich nichts fehlen. Mit Blick auf Verschiebungen müsse man noch flexibler sein. Man müsse die Schulaufsicht mit ins Boot nehmen. Es gehe nicht an, dass an einer Nachbarschule ein deutlicher Überhang festzustellen sei, während die andere Schule darbe, wenn man alle Schulformen mit über 100 % Lehrerstellen besetzt habe.

Zur Sicherung der Klassengrößen: Es sei immer von ihr gesagt worden, dass es darauf ankomme, dass der Unterricht stattfinde und dass er qualitativ sehr gut sei. Wenn man dieses Ziel erreicht habe - nach diesem Haushalt könne man das wirklich sagen -, wäre es der nächste Schritt, an die Klassengrößen zu gehen. Sie wünsche sich auch für den Grundschulbereich, insbesondere in den ersten Klassen, eine geringere Klassengröße als die Höchstgrenze 30. Das sei völlig klar. Es werde ein nächster Schritt sein, da etwas zu tun. Im Übrigen betreffe das nicht nur die Grundschulen, sondern auch andere Schulformen, die man im Blick haben müsse. Nun hätten sich auch im Einzelfall Eltern dafür entschieden, eine Klasse mit etwa 31 Schülern nicht zu teilen, und zwar aus unterschiedlichen Beweggründen. Das sollte man an der Stelle auch zulassen, wenngleich keine Klasse im Grundschulbereich über 30 Kinder haben dürfe.

Zu den Ganztagsverweigerungskartellen, einer Wortschöpfung von Frau Beer: Sie wisse nicht, dass es eine Verweigerung gebe. Gerade aus großen Städten sei zu vernehmen, dass mehr Stellen für den Ganztags von Gymnasium und Realschule ge-

fordert würden. Auch werde gefragt, ob man möglicherweise eine modifizierte Form des Ganztags einbringen könne. An manchen Gymnasien wolle man nicht mit allen fünften Klassen in den Ganztags gehen, vielleicht nur mit zwei oder drei Zweigen. Das seien Meldungen, die aus dem Bereich gekommen seien. Eine Verweigerungshaltung an der Stelle habe sie nicht wahrgenommen.

Bezüglich der Wanderfahrten halte sie es für sehr wichtig, den Lehrerinnen und Lehrern zu vermitteln, dass das, was sie zusätzlich machten, auch honoriert werde. Sie hoffe, dass die Mittel ausreichten. Gerade diese Position sei ihr mit Blick auf die Wertschätzung der Lehrerinnen und Lehrer sehr wichtig. Insofern müsse man schauen, ob die Gelder ausreichten. Ansonsten müsse man das Gespräch mit dem Finanzminister im nächsten Jahr suchen. Sie hoffe, dass die flexiblen Mittel ausreichten. Gerade habe man 900 Stellen nachgelegt. Die flexiblen Mittel in diesem Umfang würden sehr gerne angenommen.

Leitender Ministerialrat Wilhelm Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) führt aus, im Haushalts- und Erläuterungsband finde man die Schülerzahlprognosen. Da es sich um Prognosen handle, werde die Zahl in keiner Schulform zielgenau erreicht. Allerdings seien die Zahlen relativ treffsicher. Mit Sicherheit sei für keine Schulform die Schülerzahl zu knapp geschätzt. Die Stellen seien gegenseitig deckungsfähig. Wenn Schwankungen in der Sekundarstufe I entstünden, dann könne die Stelle von der einen in die andere Schulform gehen - mit dem Schüler.

Die Schätzung bei den Weiterbildungskollegs sei schwierig. In den vergangenen Jahren habe man meist zu niedrig gelegen. Für den laufenden Haushalt sei extrem viel nachgesteuert worden. Die Weiterbildungskollegs hätten eine Bedarfsdeckungsquote, die jetzt bei 106,9 % liege. Sie habe in den vergangenen Jahren deutlich darunter gelegen. Die Schätzung sei ein Stück zurückgenommen worden. Wenn es da nicht reichen sollte, bekämen die Weiterbildungskollegs mit Sicherheit ausreichend Stellen, um den AVO-Bedarf, den Lehrerstellenbedarf, abzudecken.

Zu den im laufenden Besetzungsverfahren frei gebliebenen Stellen: Es seien immer Stellen frei geblieben. Gut 600 Stellen seien im Moment noch nicht besetzt. Es liefen wieder Ausschreibungen. Das, was jetzt eingetreten sei, habe man im Jahre 2006 prognostiziert. Er erinnere an den Vortrag von Herrn Frein#. Im Berufskolleg gebe es Probleme, vor allen Dingen Lehrerinnen und Lehrer mit Ingenieurwissenschaften zu finden. Die Lage sei noch problematischer als in der Prognose. Die Betroffenen würden von der Industrie weggekauft und gingen nicht in den öffentlichen Dienst. Deshalb habe man in den Berufskollegs die größte Lücke von gut 250 Stellen. Im Gymnasium seien etwa 200 Stellen frei, weil Schulen zum Teil auch auf den nächsten Termin, den 31.08., warteten, bis die Lehramtsanwärter wieder ausgebildet seien, sodass sie zielgenau zu ihrem Bedarf auch Lehramtsanwärter bekommen und als neue Lehrer einstellen könnten. Für die anderen Schulformen sei die Größenordnung eher marginal. Er nenne die Zahlen: für die Hauptschule 9 Stellen, die Realschule 14 Stellen, die Grundschule 34 Stellen sowie die Förderschule mit 23 Stellen. Den Schwerpunkt bilde das Berufskolleg, zum Teil auch das Gymnasium in bestimm-

ten Fächern, wobei die Schulen zuwarteten, bis die Kandidaten zum 1. Februar, wenn wieder neu ausgebildet sei, zur Verfügung stünden.

StS Günter Winands (MSW) ergänzt, die Schulen könnten natürlich eine Stelle befristet besetzen. Genau wisse man nicht, ob die Stellendatei richtig gepflegt werde.

Der Regierungspräsident aus Münster habe ihm vor zwei Tagen die Zahlen der nicht besetzten Schulleitungen an den Grundschulen mitgeteilt. Im Bezirk Münster seien im Moment 33 Schulleitungsstellen nicht besetzt. Der VBE habe von 350 Stellen gesprochen. Wenn man Münster zugrunde lege, werde man im ganzen Land ungefähr 150 Stellen nicht besetzte Schulleitungsstellen in dem Bereich haben. Frau Schäfer habe, als sie Ministerin gewesen sei, dieses Phänomen auch immer beklagt, dass man im Ministerium nur eine Übersicht habe, ob die Stellen amtsangemessen besetzt seien, nämlich mit A 13 in der Grundschule. Man habe keinen Überblick, ob jemand nur kommissarisch auf der Stelle sitze.

Genau so ein Problem sei es mit den offenen Stellen. Wenn die Schule zum Beispiel die Stelle besetzt habe und dies nicht rechtzeitig an die Stellendatei weitergebe, dann wisse man auch nicht immer genau Bescheid, ob die Zahl 600 tatsächlich valide sei oder nicht. Er wolle damit sagen, dass man einen Unsicherheitsfaktor in dem Zeitraum habe.

Zu dem Phänomen, dass Lehrer in der Realschule in NRW A 12 erhielten, in Hessen aber A 13: Wenn in der Realschule 40 Stellen offen seien, so sei das marginal. Er weise darauf hin, dass die meisten offenen Stellen von der Bezirksregierung Düsseldorf gemeldet würden, die ja keine Grenze zu Rheinland-Pfalz hätten, während die Bezirksregierung Köln gemeldet hätte, dass nur zwei Stellen in der Realschule offen geblieben seien.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) macht darauf aufmerksam, dass für die 2.400 Lehramtswärterinnen und Lehramtswärter 32 Millionen € zusätzlich eingesetzt würden.

Ute Schäfer (SPD) kommt auf die Thematik ein Aufsteiger/neun Absteiger zurück. Wenn man die Zahlen mit den Vorjahren vergleiche, falle auf, dass die Zahl der Aufsteiger gestiegen sei. Der „Turn-around“ sei nach der Statistik in diesem Schuljahr gekommen. Zwei Jahre lang sei die Situation besser geworden und sei dann in diesem Schuljahr gekippt. Frau Kraft habe mit ihrer Argumentation richtig gelegen.

Die Frau Ministerin habe viele Zahlen vorgestellt. Manches habe sie allerdings nicht gesagt. Jetzt könne man im Haushalt nachlesen, dass an den Grund- und Hauptschulen insgesamt 1.400 Stellen weniger als im Vorjahr sein würden, an den Berufskollegs würde es 500 Stellen weniger geben. Diese Zahlen hätte man der Klarheit halber auch hier präsentieren sollen.

Dass an den Berufskollegs 250 Stellen nicht hätten besetzt werden können, habe auch damit zu tun, dass der Mangelfacherlass aufgehoben worden sei. Genau zu dem Zeitpunkt sei diese Lücke aufgetreten. Die Landesregierung habe es selber zu verantworten, dass viele Lehrer abwanderten, die qualifiziert worden seien. Das sei

kein Mythos. Es sei in Ostwestfalen-Lippe Realität. Sie habe mit verschiedenen Leitern von Berufskollegs gesprochen, die ihr das bestätigt hätten. Wenn dann jemand mit der Fakultas Maschinenbau oder Kunststofftechnik nach Hessen gehe und man dafür einen Deutschlehrer bekomme, sei den Schulen auch nicht geholfen. Das betreffe auch den Punkt, wie die Lehrer fachlich eingesetzt würden. An den Hauptschulen habe man große Probleme. Die Möglichkeit, Fachlehrer für die Hauptschulen zu finden, werde zunehmend schwieriger. Die Ministerin spreche immer von der Qualität von Unterricht. Wenn man über die Qualität von Unterricht spreche, müsse man auch berücksichtigen, dass die Qualität auch damit zu tun habe, inwieweit der Unterricht fachbezogen gegeben werde. Man beobachte eine Tendenz in der Fläche des Landes: Es werde im schwieriger, entsprechendes Personal zu bekommen.

Es werde eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre mit Sicherheit sein, für das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen auch fachlich qualifizierte Lehrer zu bekommen. Die Problematik der Lehrerausbildung an den Universitäten werde noch diskutiert werden. Das werde auch mit Sicherheit noch ein Problem werden.

Der Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ werde im nächsten Jahr nicht mehr im Schulministerium etatisiert sein, sondern im Einzelplan 11. Sie bitte, das zu begründen.

Renate Hendricks (SPD) bittet um Bestätigung der Aussage, dass die Grundschulen zurzeit mit 106 % versorgt seien. Des Weiteren frage sie, ob es zutreffe, dass alle Schulen mit 100 % versorgt seien. Sodann wüsste sie gerne, wie viele Klassen in Nordrhein-Westfalen aller Schulformen mit über 30 Schülerinnen und Schülern gebildet worden seien. Eventuell könne man die Antwort schriftlich nachreichen.

Herr Winands habe darauf hingewiesen, dass nicht besetzte Stellen von den Schulen befristet besetzt werden könnten. Das sei richtig. Ihr gehe es aber um die perspektivische Entwicklung und die Lehrer, die zur Verfügung stünden. Bei den befristeten Stellen werde besonders auf die Frauen zwischen 55 und 65 Jahren zurückgegriffen, die ihre Familienphase hinter sich hätten und befristet eingestellt würden. Sie frage, wie viele befristete Stellen in Nordrhein-Westfalen an welchen Schulformen angeboten worden seien. Daran lasse sich ablesen, wie die Lehrersituation tatsächlich aussehe. Sie habe eine Reihe von Gymnasien im Auge, von denen sie genau wisse, wie viele mit sechs Stunden, mit zehn oder zwölf Stunden eingestellt worden seien, was hier eigentlich keine Besetzung der Stelle darstelle, sondern ein temporäres Ausfüllen. In diesem Zusammenhang spreche sie die Bezahlung der Lehrer an. Teilweise habe es nur einen Abschlag gegeben, zum Teil komme die Abrechnung sechs Monate später. Auch dazu bitte sie um Erläuterung.

Zum Thema Informationspolitik: Sie begrüße es ausgesprochen, dass die Ansätze für die Klassenfahrten erhöht worden seien. Sie habe sich dafür immer eingesetzt. Sie habe dazu eine kleine Anfrage gestellt, weil sie es für sehr irritierend gehalten habe, dass die Erhöhung dieses Ansatzes zunächst in der „Bild-Zeitung“ veröffentlicht worden sei. Auf die Frage, warum dies in der „Bild-Zeitung“ veröffentlicht worden sei, habe sie keine Antwort bekommen. Detailliert sei dargestellt worden, wie sich die Entwicklung in den letzten Jahren dargestellt habe. Sie habe das zum Anlass genommen, der Landtagspräsidentin zu schreiben, weil sie diese Art und Weise der

Beantwortung von Kleinen Anfragen als Missachtung des Parlamentes betrachte. Sie frage, was das für eine Informationspolitik sei, wenn diese Information zunächst an die „Bild-Zeitung“ gehe und erst dann als Erlass an die Schulen.

Was den Aufwuchs bei den Ersatzschulen angehe, so wüsste sie gerne, inwieweit er durch Anträge auf Ganztagsangebote zustande gekommen sei. In diesem Zusammenhang wüsste sie gerne, wie viele Ersatzschulen in Zukunft als gebundene Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen geführt würden.

Michael Solf (CDU) führt aus, Frau Beer habe eben von dem Ganztagsverweigerungskartell unter Lehrern gesprochen. Natürlich kenne jeder in Einzelfällen Lehrerinnen und Lehrer, die sich aus persönlichen Bequemlichkeitsgründen gegen den Ganztagsunterricht sträubten. Das seien aber so wenige, dass er es für misslich halte, mit einer solchen Pauschalkritik neue Fronten aufzubauen. Ziel müsse es sein zu werben, denn der Ganztagnachmittag gehe ohne Lehrer nicht. Man dürfe sie nicht mit unbeachteten Äußerungen vor den Kopf stoßen, sondern man müsse die vielen Gutwilligen ins Boot holen. Er bitte Frau Beer, solche Fehler nicht zu machen.

Zu dem Unterschied zwischen Rot-Grün früher und Schwarz-Gelb heute: Früher habe es viele Lehrerinnen und Lehrer draußen und zu wenig Stellen gegeben; heute gebe es sehr viele Stellen, und einige Lehrer fehlten. Praktisch könne man jedem und jeder, der/die in der Schule arbeiten wolle, eine Stelle geben. Das werde jetzt durch die Zahlen belegt.

Barbara Sommer (MSW) kommt auf den Begriff Absteiger zu sprechen. Als Pädagoge dürfe man nicht von Absteigern reden. Man spreche über einen wichtigen, einen wertvollen Menschen. Niemand gehe verloren. Man sollte sich auch in seiner Sprache disziplinieren. Im Übrigen sei die Sitzenbleiberquote gesenkt worden. Auch das müsse im Kontext von Schulformwechslern gesehen werden.

Was den Topf „Kein Kind ohne Mahlzeit“ angehe, so werde davon ausgegangen, dass dieser Bereich grundsätzlich eine gesellschafts- und eine sozialpolitische Angelegenheit sei. Es gehe nicht in erster Linie um die Aufgabe eines Hauses, das mit Schule und Weiterbildung zu tun habe. Das sollte besser im Bereich eines Sozialministers angesiedelt sein.

Zu der Frage nach der 106%igen Besetzung der Grundschulen und weiterer Schulformen: Es handele sich um eine Größe, die der Haushalt hergebe. Die Bedarfe in den einzelnen Schulformen seien bekannt. Die Größe werde errechnet. Es sei auch wichtig, dass man kleine Grundschulen und kleine Hauptschulen erhalte, die aufgrund ihrer Differenzierungsangebote mehr Stellen benötigten, als es rein rechnerisch aussehe. Die genauen Besetzungszahlen könne sicherlich Herr Knevels nennen. Im letzten Jahr sei einiges draufgelegt worden, sodass sie sicher sei, dass die Schulen gut besetzt seien. Das schließe eine De-facto-Unterbesetzung nicht aus, wenn man zum Beispiel zwei Kranke in einem Kollegium habe. Dafür gebe es dann die flexiblen Mittel. Auch da sei eine Erhöhung erfolgt, sodass die Lücke hoffentlich sehr schnell geschlossen werden könne.

Frau Hendricks habe nach den Ersatzschulen und den Trägern gefragt. Diese Frage könne man schriftlich beantworten.

StS Günter Winands (MSW) kommt auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renate Hendricks zu sprechen - vgl. Drucksache 14/7282. Frau Hendricks habe gefragt, warum das an die Lehrerverbände versandt worden sei. Einzelne hätten nachgefragt. Da man das Gleichbehandlungsgebot habe, sei das an alle Verbände versandt worden.

Einige Tage, nachdem Herr Finanzminister Linssen die Pressekonferenz gemacht habe, sei das in der Zeitung erschienen. Dass die Mittel für die Klassenfahrten verdoppelt worden seien, sei im Hause bekannt gewesen. Das hätten auch viele im Finanzministerium gewusst. Die Schulen seien am 15. Juli im Amtsblatt unterrichtet worden. Er wolle noch einmal die Zahlen nennen. Im Jahre 1996 habe man bei 3,2 Millionen € gelegen. Jetzt sei man bei 4 Millionen Reisekostenvergütungen. Man wisse nicht genau, ob das ausreiche. Wenn es nicht ausreiche, so - das habe die Ministerin schon gesagt - werde man nachlegen.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) kommt auf die Stellenentwicklung in der Grundschule und in der Hauptschule zu sprechen. Die Grundschulen und die Hauptschulen hätten von Jahr zu Jahr mehr Stellenanteile von Jahr zu Jahr bekommen. Er wolle die Vergleichszahlen 2005/2009 nennen. In der Grundschule habe die Schüler-Lehrer-Relation im Jahre 2005 25,3 betragen, im Jahre 2009, am 01.08., habe sie bei 23,42 gelegen. In der Hauptschule habe sich die Relation von 18,7 auf 17,98 verändert. Das sei die Messlatte für die Zuteilung von Lehrerstellen. Die Schülerzahlen gingen in der Grundschule und Hauptschule nach unten. Die Gesamtzahl der Lehrerstellen steige, nämlich um 1.838 im kommenden Schuljahr. Das heiße, es gebe eine Verschiebung zwischen den Schulformen. Die Lehrerstellenzahl bei der Hauptschule sinke vor allen Dingen, weil man im laufenden Schuljahr noch 515 zusätzliche Stellen habe, die nicht relationsbedingt seien, die durch die Überbesetzung der Hauptschulen zur Verfügung stünden. Der Finanzminister habe diese zusätzlichen Stellen gegeben, um die Besetzungssituation der Hauptschulen abzubilden, damit nicht Stellen anderer Schulformen in Anspruch genommen würden.

Hinzu komme, dass die Stellen, die fix seien, also 900 Stellen für den Vertretungspool in den Schulämtern und die 940 Stellen gegen Unterrichtsausfall für die Grundschulen als stabile Größe trotz rückläufiger Schülerzahl verblieben. Deshalb sei die Unterrichtsversorgung in der Grundschule deutlich besser geworden.

Es sei nach den Klassen mit über 30 Schülerinnen und Schülern gefragt worden. In den amtlichen Schuldaten stünden die Klassengrößen nach Schulformen in bestimmten Staffeln. Er schicke das gerne noch einmal zu. Die Daten lägen vor. Bei den Berufskollegs sei die Entwicklung der Stellen- und der Schülerzahl abhängig von der Verteilung der Schüler auf die einzelnen Bildungsgänge. Zum Glück habe man eine Entwicklung in Form von mehr Ausbildungsplätzen, dualer Ausbildung mit im Schnitt einer zweitägigen Berufsschule und damit eine Rücknahme der vollzeitschulischen Bildungsgänge. Das minimiere auch den Lehrerberarf in der Berufsschule.

Sigrid Beer (GRÜNE) bittet, ihr genau zuzuhören. Sie habe keine Adressierung an Lehrkräfte vorgenommen, sondern sie gebe Berichte von Schulamtsleitern wieder, die sagten, dass sich dieses Bild in Schulleitungskonferenzen abbilde. Schulleiter sagten, sie könnten das Kollegium nicht bewegen. Es würden Absprachen getroffen. Niemand wolle in den gebundenen Ganztags gehen. Das sei eine ganz andere Zielrichtung, als sie Herr Solf dargestellt habe. Sie habe auch Gespräche mit Schulleitungen geführt, die das Gleiche berichteten, dass es regionale Absprachen nach dem Motto „bewegt euch nicht, niemand wolle vorpreschen“ gebe. Es handele sich um ein Phänomen, dem nachgegangen werden müsse.

Frau Ministerin habe darauf verwiesen, dass der Begriff Absteiger nicht zuträglich sei. Sie frage, wie sich die Schülerinnen und Schüler fühlen würden, denen genau das passiere. Sie erlebten sich als Absteiger/Absteigerinnen. Sie erlebten sich als abgehängt, ausgegrenzt und beschämt. Das sei eine faktische Beschreibung.

Die Ministerin sage, man müsse sensibel bei den Formulierungen sein. Da bitte sie die Ministerin, ihren Sprechzettel bei der Pressekonferenz durchzulesen mit Blick auf die Integrationsleistungen von Lehrerinnen und Lehrern hinsichtlich der Kinder mit Migrationshintergrund. Das sei mehr als unsensibel gewesen.

Renate Hendricks (SPD) kommt darauf zu sprechen, dass der Erlass am 15. Juli an die Schulen gegangen sei. Ihre Kleine Anfrage stamme aus dem Juni. Die Eltern- und Lehrerverbände hätten dies über die „Bild-Zeitung“ erfahren und nicht über das Schreiben. Die Abfolge habe sich in der Realität etwas anders dargestellt, als es der Staatssekretär dargelegt habe.

Sören Link (SPD) kommt auf das Schulbudget zu sprechen. Im Erläuterungsband auf Seite 32 sei eine Übersicht abgebildet. Das Schulbudget, das heiße alle im Schulbereich ausgewiesenen Stellen, betrügen 7.526.000.000 €. In den Erläuterungen heiße es, dass im Schulbereich eine Stelle mit 50.000 € valuiert werde. Wenn er diese 7,5 Milliarden € durch 50.000 teile, dann komme er auf eine ganz andere Lehrerstellenzahl als die auf Seite 34 in dem Erläuterungsband ausgewiesene. Die Differenz betrage knapp 1.000 Stellen. Er bitte um Erläuterung.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) führt aus, das Geld reiche für die Lehrerstellen. Man könne alle Lehrerstellen sofort besetzen. Hinter der Frage steht die Sorge, ob vielleicht zu wenig Geld ausgebracht sei, um die Lehrerstellen zu finanzieren. Man dürfe alle Lehrerstellen sofort besetzen. Entsprechende Regelungen seien an die Bezirksregierungen gegeben worden. In anderen Etats komme es durch die Budgetierung zu erheblichen Einschränkungen komme, Stellen würden zum Teil über Monate nicht besetzt. Das gebe es im Schulbereich nicht. Auch die Beförderungssperre für Schulleiter und Vertreter sei zurückgenommen worden.

Die einzige Bremse, die man noch für die normalen Beförderungsämtler habe, betreffe die Beförderung vom Studienrat zum Oberstudienrat. Da gebe es noch eine 18monatige Wartezeit. Ansonsten sei das Budget, anders als in anderen Bereichen, nicht gekürzt worden. Es gebe keine Effizienzdividende wie zum Beispiel für das Mi-

nisterium. Deshalb reiche das Geld, weil zum Beispiel auch Stellen vorübergehend nicht besetzt seien. Wenn es nicht reichen sollte, werde es auch finanziert. Alle Stellen, die man habe, würden sofort für Ausschreibungen wieder freigegeben.

Sören Link (SPD) hält fest, wenn die 151.606 Stellen besetzt würden, fehlten 54 Millionen. Das werde dann aus dem laufenden Haushalt umgeschichtet. Im Budget sei es ja nicht ausgewiesen. Er frage, ob das auf das nächste Jahr angerechnet werde, wie das funktioniere.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) kommt auf die nicht besetzten Stellen zurück. Zweimal im Jahr gebe es einen Bericht des Finanzministers zur Personalausgabenbudgetierung. Darin werde für alle Ressort, für alle Einzelpläne die Stellenbesetzungssituation und der Mittelabfluss aufgelistet. Wenn man da hineinschaue, könne man sicher sein, dass es reichen werde. Wenn es nicht reichen würde, wäre er absolut sicher, dass man das Geld bekommen werde. Er könne im Namen der Landesregierung sagen, dass alle Stellen im Jahre 2009 auch noch am 30.12.2009 besetzt werden könnten. Es werde keine Sperre geben, weil die Befürchtung da sei, dass das Geld nicht reiche. - Auf eine Nachfrage von **Sören Link (SPD)** antwortet **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**, die Gelder würden aus dem Einzelplan des Finanzministeriums aus Verstärkungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Die Stellenzahl von 151.000 sei mit dem Budget, das hinterlegt worden sei, nicht gedeckt, hält **Ute Schäfer (SPD)** fest, sondern der Haushalt sei an der Stelle jetzt aktuell um 1.000 Stellen unterfinanziert, unabhängig davon, was der Finanzminister mache.

Das sei nicht richtig, erwidert **LMR Wilhelm Knevels (MSW)**. Die Stellen seien ausreichend finanziert. Nach der Berechnung sei jede Lehrerstelle an 365 Tagen des Jahres komplett besetzt. Das sei so nicht. Insofern seien Stellen immer einmal wieder unbesetzt. Das habe man auch in dem Bericht sehen können. Das Budget sei auf jeden Fall auskömmlich. Die Sorge, dass das Budget nicht reichen würde, habe er auf keinen Fall.

Klaus Kaiser (CDU) möchte wissen, ob es innerhalb des Ministeriums Erkenntnisse darüber gebe, wie dies unter der Vorgängerregierung gehandhabt worden sei. Herr Knevels habe mehrfach erläutert, dass es bestimmte Vakanzen gebe. Wenn jemand in Pension gehe und die Stelle nachbesetzt werde, gingen zwei Monate schnell ins Land. Ihn interessiere, ob es unter der Vorgängerregierung einmal Zeiten gegeben habe, in denen bestimmte Zeiten dazwischengelegt worden seien, in denen man nicht hätte besetzen dürfen, weil der Etat unterfinanziert gewesen sei. Er wäre auch mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden.

LMR Wilhelm Knevels (MSW) verweist auf die Stellenentwicklung im Lehrerbereich 2005/2009, Erläuterungsband S. 22. In einer Fußnote stehe, dass Stellen vorüberge-

hend aus der Besetzung zur Abdeckung einer globalen Minderausgabe hätten herausgenommen werden müssen. Es habe sich um 200 Lehrerstellen gehandelt, die man vorübergehend nicht habe besetzen können, um eine globale Minderausgabe abzudecken.

9 Verschiedenes

Der **Vorsitzende Wolfgang Große Brömer** kommt auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Mehr Verantwortung - Mehr Freiheit - Die Rolle der Kommunen in der Schulenentwicklung stärken“ Drucksache 14/5784 zu sprechen. Im Obleutegespräch sei signalisiert worden, dass es eine Anhörung geben solle. Man habe sich bereits auf den 26. November nachmittags 16:00 Uhr geeinigt. Drei kommunale Spitzenverbände und drei Experten. Die drei Experten sollten bis Ende dieser Woche von den Fraktionen benannt werden.

Zu dem Antrag „NRW braucht eine Hochschuloffensive gegen den Fachkräftemangel“ der Fraktion Bündnis 90/die Grünen - Drucksache 14/5028: Der Antrag liege federführend beim Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Der Schulausschuss sei mitberatend. Der Antrag sei am 7. November 2007 vom Schulausschuss abgelehnt worden. Der federführende Ausschuss wolle dazu aber noch eine Anhörung durchführen. Er schlage vor, dass sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nachrichtlich an der Anhörung beteilige.

gez. W. Große Brömer
Vorsitzender

Anlage

hoe/22.09.2008/24.09.2008

159